

# Das GRÜNE in der Bürgerschaft

## Aus dem Landtag vom 14. März 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/gvx>

### Bundesregierung gefährdet Offshore-Wind-Industrie

Die niederländische Firma Tennet soll die in der Nordsee gebauten und geplanten Windkraftparks an das Stromnetz an Land anschließen, wofür sie jedoch nicht das ausreichende Kapital hat. Das gefährdet nicht nur die Energiewende, sondern auch die Betriebe und Arbeitsplätze in der Offshore-Wind-Industrie. Besonders betroffen ist Bremerhaven, weil sich die Stadt auf den Weg zum Kompetenzzentrum für Windenergie gemacht hat. Kernforderung eines einstimmig beschlossenen Antrags ist die Errichtung einer staatlichen Netzbetreibergesellschaft und ein verlässliches Erneuerbare-Energien-Gesetz.



Die für Klimaschutz und Energie zuständige Abgeordnete Anne Schierenbeck schilderte, dass nach 15 Jahren intensiver Entwicklungsarbeit nun endlich die ersten Windanlagen in der Nordsee stehen und mehr Strom

erzeugen als prognostiziert. Die technischen Voraussetzungen wurden geschaffen, die Entwickler, Errichter und Betreiber haben aus den Erfahrungen gelernt. Es könnte also losgehen mit dem rasanten Ausbau, so wie wir ihn an Land und bei der Photovoltaik erlebt haben. Schierenbeck warf der Bundesregierung vor, mit wöchentlich neuen Plänen zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes die Geschäftsgrundlage in Frage zu stellen und damit Vertrauen und Verlässlichkeit zu zerstören. Dies gefährdet Investitionen und Arbeitsplätze.

### Stromsperrern weitestgehend verhindern

Die steigenden Strompreise führen immer öfter dazu, dass ärmere Menschen die Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Die Folge: Der Strom wird abgeschaltet. Um gegen diese Eingriffe in die Grundversorgung vorzugehen, hat die rot-grüne Koalition einen Antrag eingebracht, in dem der Senat aufgefordert wird, in Bremen mit dem örtlichen Energieversorger in Verhandlungen zu treten, um zum Beispiel auf eine monatliche Stromabrechnung umzustellen (was mit den neuen elektronischen Stromzählern leichter möglich wäre). Auf Bundesebene soll sich der Senat für Anpassungen der Regelsätze im Arbeitslosengeld II einsetzen wie auch für günstigere Tarife für eine Mindestmenge Strom von etwa 500 Kilowattstunden im Jahr.



Die Sozialpolitikerin Susanne Wendland, die gemeinsam mit Anne Schierenbeck den Antrag entworfen hatte, wies auf die hohe Zahl überschuldeter Haushalte in Bremen und Bremerhaven hin, für die schnell Hilfe geschaffen werden muss. Dazu gibt es die Schuldenberatung und die präventive Schuldenberatung, aber auch die Möglichkeit, dass die Stromkosten per Darlehen vom Jobcenter bzw. Sozialzentrum bezahlt werden. Wendland regte zudem an, dass KundInnen auf Wunsch oder in

### Was noch?

Ein in die Deputation für Wirtschaft überwiesener Antrag, die VermieterInnen zur Hälfte an den Maklergebühren zu beteiligen, kam u.a. mit dem Vorschlag zurück, ihnen aufzuerlegen, diese Kosten komplett selbst zu tragen.

Mit den Änderungen wurde der Koalitionsantrag beschlossen.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

einem Modellprojekt Prepaid-Zähler nutzen können. Schon lange bekannt sind Münzzähler. Es gibt inzwischen aber auch moderne intelligente Zähler, die mit einer Karte aufgeladen werden und die statt abgeschaltet auch gedrosselt werden können. Dies hätte den Vorteil, weiterhin Strom zu beziehen, jedoch mit einer geringeren Leistung: Der Betrieb eines Staubsaugers wäre noch möglich, aber eben nicht gleichzeitig zum Föhn oder Herd. Wenn dann wieder gezahlt würde, könnte die volle Leistung wieder genutzt werden. Susanne Wendland stellte auch klar, dass eine Zwangsabschaltung des Stroms im Winter als unverhältnismäßige Härte untersagt werden soll.

## Konsequenzen aus Lebensmittelskandalen ziehen

Die Beimischung von Pferdefleisch in Fertiggerichten, in denen eigentlich nur Rindfleisch sein sollte; die Kennzeichnung von Eiern als Bio-Eier, obwohl sie mit „Bio“ nichts zu tun haben; Schimmel auf Futtermais, dessen giftige Bestandteile bis in die Kuhmilch wandern: Diese jüngsten Lebensmittelskandale erfordern mehr Transparenz, bessere Überwachung und – nicht zuletzt – ein Umdenken bei den KonsumentInnen.



Jan Saffe, für den Verbraucherschutz zuständiger Abgeordneter, ergriff die Initiative und brachte einen grün-roten Antrag auf den Weg, der auch fordert, die überwachten Unternehmen an den Kosten für die Kontrollen zu beteiligen, Gesetzesverstöße härter zu bestrafen und die bei Eiern schon vorgeschriebene Kennzeichnung der Tierhaltungsform auch auf Fleisch- und Milchprodukte auszuweiten. Saffe schlug in der Debatte vor, statt nur eines „Veggie-Days“, also nur eines fleischlosen Tages in der Woche, zurückzukehren zum Sonntagsbraten und dafür dann zwar teureres, aber besseres Fleisch zuzubereiten.

## Organisation der Trinkwasserversorgung ist Sache der Kommunen

Viel Wirbel verursachten Pläne der EU-Kommission für eine Richtlinie, mit der u.a. einheitliche Regeln für die Vergabe von Konzessionen auch bei der Versorgung mit Trinkwasser eingeführt werden sollen. Demnach soll eine öffentliche Ausschreibung erfolgen, wenn es um einen Wert von mehr als 8 Millionen Euro geht und/oder mehr als 20 Prozent der Wasserversorgung außerhalb der Kommune übernommen werden sollen. Dies ist zwar kein Zwang zur Privatisierung – wie fälschlich vielfach unterstellt –, aber bei kommunalen Betrieben, die nicht nur für das Wasser, sondern auch für die Versorgung mit Strom und Gas zuständig sind, wird es schwierig: Der Umsatz durch die Energieversorgung ist weitaus höher als der mit Wasser, die 8-Mio.-Grenze wird von solchen Stadtwerken leicht überschritten. Gerade kommunale Anbieter, Stadtwerke oder kleinere Wasserversorger hätten kaum eine Chance, sich gegen große Monopolisten bei diesen Ausschreibungen durchzusetzen. Bei der Wasserversorgung spielen Verfügbarkeit, Qualität und Preis eine für die Menschen lebenswichtige Rolle. Die Entscheidung darüber, in welcher Form dieses Menschenrecht von den Kommunen gewährleistet wird, gehört deshalb in die Hände der Kommunen.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)



Maike Schaefer, für Umweltpolitik zuständig, brachte eine heute beschlossenen Antrag auf den Weg, der den Senat auffordert, auf Bundes- und EU-Ebene dahingehend tätig zu werden, dass die Wasserversorgung von dieser Regelung ausgenommen wird.

Bremen, wo die Wasserversorgung einst privatisiert wurde, zeigt, dass Privatisierung nicht immer gleichbedeutend mit Verschlechterung ist – die swb ist ein sehr gutes Beispiel für einen verantwortungsbewussten Wasserversorger vor Ort. Ob sich allerdings die swb bei europaweiten Ausschreibungen gegen großen Konzerne und Monopolisten behaupten könne, sei fraglich. Ein Negativbeispiel aus Portugal zeigt mögliche Folgen: Dort stieg in einigen Kommunen die Gebühr um 400 Prozent!



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)